



Anlage A Erklärung für die Teilnahme

[Wichtige Anmerkung: Diese Anlage muss von allen Wirtschaftsteilnehmern ausgefüllt werden, unabhängig davon ob es sich um einzelne Wirtschaftsteilnehmer oder solche, welche einem Zusammenschluss angehören, handelt. Bei Bietergemeinschaften, ordentlichen Konsortien, Unternehmensnetzwerken und EWIV muss die Anlage vom federführenden Unternehmen oder Hauptunternehmen ausgefüllt werden.

ACHTUNG: Die Person, welche die Anlage A ausfüllt, MUSS die gleiche Person sein, welche die digitale Signatur anbringt.]

Der /die Unterfertigte _____ ,
Steuernummer _____
Geboren in _____ (Provinz _____ , Land _____) am _____
wohnhaft in der Gemeinde _____ ; PLZ _____ ; Provinz (_____); Land _____ ;
Anschrift, usw. _____ ;
in seiner/ihrer Eigenschaft als _____ (gesetzliche/r _____ Vertreter(in)/Inhaber(in) _____ oder
General-/Sonderbevollmächtigte/r)
des Unternehmens:
MwSt- Nr.: _____ ;
Steuernummer: _____ ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde _____ , PLZ _____ , Provinz (_____), Land _____
_____ ;
Anschrift, usw. _____ ;
E-Mail-Adresse: _____ ;
Zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC): _____ ;
Telefonnummer: _____ ;
Fax: _____ ;

Gemäß LG Nr. 17 vom 22. Oktober 1993 ist sich der/die Unterzeichnende der strafrechtlichen Haftung bei unwahren Aussagen und der entsprechenden strafrechtlichen Sanktionen gemäß Art. 76 DPR 445/2000 sowie der administrativen Folgen im Hinblick auf den Ausschluss aus dem Wettbewerb gemäß GvD 50/2016 sowie den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen bewusst und

ERKLÄRT, (Bitte zutreffendes ankreuzen)

[] dass die zertifizierte E-Mail-Adresse oder ein anderes analoges Medium, falls der Wirtschaftsteilnehmer in einem anderen Mitgliedstaat ansässig ist, an die/an welches Mitteilungen bezüglich der Ausschreibung und im speziellen jene gemäß Art. 76 Abs. 6 GvD 50/2016 zu senden sind, wie folgt lautet:

Zertifizierte E-Mail-Adresse oder anderes analoges Medium:

und der/die gesetzliche Vertreter(in)/Inhaber(in)

der/die General-/Sonderbevollmächtigte/r

eines Wirtschaftsteilnehmers nach Art. 45 Abs. 2 Buchstabe a) des GvD 50/2016 - Einzelunternehmen einschließlich Handwerksbetrieben, Handelsgesellschaften, Genossenschaftsgesellschaften;

eines Konsortiums nach Art. 45 Abs. 2 Buchstabe b) des GvD 50/2016 - Konsortien unter Genossenschaftsgesellschaften für die Produktion und Arbeit, die gemäß dem Gesetz Nr. 422 vom 25. Juni 1909 und gemäß dem GvD des vorläufigen Staatsoberhauptes Nr. 1577 vom 14. Dezember 1947 gegründet wurden, bzw. von Konsortien unter Handwerksbetrieben gemäß dem Gesetz Nr. 443 vom 8. August 1985;

eines Konsortiums nach Art. 45 Abs. 2 Buchstabe c) des GvD 50/2016 - ständige Konsortien, die auch in Form von Konsortialgesellschaften gemäß Art. 2615-ter ZGB unter Einzelunternehmen einschließlich Handwerksbetrieben, Handelsgesellschaften und Produktions- und Arbeitsgenossenschaftsgesellschaften gegründet wurden;

eines Wirtschaftsteilnehmers nach Art. 45 Abs. 1 des GvD 50/2016 - in anderen Mitgliedsstaaten ansässige Wirtschaftsteilnehmer, die gemäß den in den jeweiligen Ländern geltenden gesetzlichen Bestimmungen gegründet wurden,

zu sein.

Bei Konsortien gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. b) und c) des GvD 50/2016 erklärt das Konsortium gemäß Art. 48 Abs. 7 des GvD 50/2016 mit den folgenden Konsortialgesellschaften teilzunehmen, welche die Leistungen erbringen:

Firmenname oder -bezeichnung des am Konsortium teilhabenden Unternehmens :

Steuernummer: ; MwSt- Nr.: ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ;
Anschrift, usw. ;

Firmenname oder -bezeichnung des am Konsortium teilhabenden Unternehmens :

Steuernummer: ; MwSt- Nr.: ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ;
Anschrift, usw. ;

Firmenname oder -bezeichnung des am Konsortium teilhabenden Unternehmens :

Steuernummer: ; MwSt- Nr.: ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ;
Anschrift, usw. ;

ERKLÄRT,

dass das Unternehmen oder das Konsortium an diesem Verfahren in folgender Form teilnimmt:

Einzelunternehmen

oder

als federführendes Unternehmen:

<input type="checkbox"/> eines ordentlichen Konsortiums gemäß Art. 2602 ZGB laut Art. 45 Abs. 2 Buchst. e) GvD 50/2016:	mit folgender Struktur	<input type="checkbox"/> vertikal, bereits gegründet
<input type="checkbox"/> einer Bietergemeinschaft gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. d) GvD 50/2016:		<input type="checkbox"/> vertikal, noch nicht gegründet
<input type="checkbox"/> eines Netzwerks an Unternehmen gemäß Art. 45 Abs. 2 Buchst. f) GvD Nr. 50/2016:		<input type="checkbox"/> horizontal, bereits gegründet
<input type="checkbox"/> einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessensvereinigung (EWIV) gemäß GvD Nr. 240 vom 23. Juli 1991, laut Art. 45 Abs. 2 Buchst. g) GvD 50/2016:		<input type="checkbox"/> horizontal, noch nicht gegründet
		<input type="checkbox"/> gemischt, bereits gegründet
		<input type="checkbox"/> gemischt, noch nicht gegründet

mit den **folgenden Mitglieds-Unternehmen (am Firmenzusammenschluss teilnehmende Unternehmen, ausführende Unternehmen,...)**

Firmenname oder -bezeichnung des Unternehmens oder Konsortiums:

Steuernummer: _____ ; MwSt- Nr.: _____ ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde _____ , Provinz (_____), PLZ _____ , Land _____ ;
Anschrift, usw. _____ ;

Firmenname oder -bezeichnung des Unternehmens oder Konsortiums:

Steuernummer: _____ ; MwSt- Nr.: _____ ;
mit Rechtssitz in der Gemeinde _____ , Provinz (_____), PLZ _____ , Land _____ ;
Anschrift, usw. _____ ;

Eventuelle andere Mitglieder der Bietergemeinschaft, des Konsortiums, des Unternehmensnetzwerks, die an diesem Verfahren teilnehmen, nennen
--

VERPFLICHTET SICH

1) (bei zu gründenden Bietergemeinschaften) sollte der Gemeinschaft der Zuschlag erteilt werden, das gemeinsame Sondermandat mit Vertretungsbefugnis in Form einer beglaubigten Privaturkunde, oder

einer beglaubigten Abschrift desselben, unverzüglich vorzuweisen;

2) (bei zu gründenden oder bereits gegründeten Bietergemeinschaften) separat von jedem Unternehmen des Zusammenschlusses ausgestellte Rechnungen abzugeben; die Auszahlung erfolgt entsprechend den angegebenen Teilen der Leistung direkt zugunsten der einzelnen Unternehmen, vorausgesetzt dass die Rechnungen des/der Mitgliedsunternehmen stets vom federführenden Unternehmen zur Annahme gegengezeichnet sind (bei Streitigkeiten zwischen den Unternehmen der Bietergemeinschaft betreffend Forderungen bestimmt der Verantwortliche für die Vertragsausführung das Ausmaß der den einzelnen Unternehmen der Bietergemeinschaft zustehenden Forderungen);

ERKLÄRT,

[] (bei Unternehmen mit Sitz in Italien) bei der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer in () für die Tätigkeit () eingetragen zu sein, welche mit dem Gegenstand dieser Ausschreibung übereinstimmt;

[] (bei ONLUS-Organisationen) im folgenden ONLUS-Register eingetragen zu sein: ;

[] (bei Unternehmen mit Sitz im Ausland) im folgenden Verzeichnis oder in der folgenden offiziellen Liste des Zugehörigkeitsstaats eingetragen zu sein: ;

BESTÄTIGT DIE FOLGENDEN DATEN

Eintragungsnummer ;
Eintragungsdatum ;
Gesellschaftsdauer/Enddatum ;
Firma ;

UND ERKLÄRT,

[] ein ganz kleines-, kleines-, oder mittleres Unternehmen gemäß G.D. Nr. 70/2011 umgewandelt in Gesetz Nr. 106 vom 12. Juli 2011 Art. 1, Absatz 1, zu sein (falls weniger als 250 Personen beschäftigt sind und der Jahresumsatz die 50 Millionen Euro nicht überschreitet oder die Jahresbilanz nicht die 43 Millionen Euro überschreitet).

ERKLÄRT,

[] das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt befindet sich weder im Konkursverfahren, in Zwangsliquidation oder im gerichtlichen Vergleichsverfahren, noch sind Verfahren zur Feststellung eines solchen Sachverhalts im Gange;

[] das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt befindet sich in einer Situation des Vergleichs mit Betriebsfortführung gemäß Art. 186 des königlichen Dekrets Nr. 267/1942;

ERKLÄRT,

in Kenntnis davon zu sein, dass die Teilnahme am gegenständlichen Verfahren als Erklärung gilt, im Besitz der allgemeinen und der besonderen Anforderungen zu sein, welche von staatlichen Rechtsvorschriften vorgegeben werden;

sich dessen bewusst zu sein, dass im Falle der Zuschlagserteilung die Vergabestelle im Sinne des Art. 80 Abs. 5 Buchst. c) und Abs. 7 GvD 50/2016 eine Bewertung vornimmt;

nicht in Kenntnis davon zu sein, dass gegenüber den restlichen in Art. 80 GvD 50/2016 genannten Subjekten irgendwelche Hinderungsgründe des Art. 80 GvD 50/2016 vorhanden sind;

sich dessen bewusst zu sein, dass unter sonstigen Ausschluss des Teilnehmers, die im Sinne des Art. 105, Absatz 6 GvD 50/2016 eventuell angegebenen Unterauftragnehmer sich nicht in einer Ausschlussituation gemäß Art. 80, Absätze 1 und 5 GvD 50/2016 befinden dürfen;

dass **gemäß Art. 80, Abs. 1 Buchst. a), b), c), d), e), f), g) GvD 50/2016** keine rechtskräftigen Urteile ergangen sind, kein unwiderruflich gewordener Strafbefehl mit Verurteilung erlassen wurde und kein Urteil zur Strafzumessung auf Antrag gemäß Art. 444 StGB ergangen ist:

ihm/ihr gegenüber

gegenüber den anderen Personen gemäß Art. 80 Abs. 3 GvD 50/2016

dass er/sie keine Kenntnis davon hat, ob gegenüber den anderen Personen gemäß Art. 80 Abs. 3 GvD 50/2016 einer der zuvor genannten Ausschlussgründe vorliegt (in diesem Fall müssen die getrennten Erklärungen von Seiten der Subjekte angehängt werden, hinsichtlich derer keine Erklärung abgegeben wird)

und/oder:

dass **gemäß Art. 80, Abs. 1 Buchst. a), b), c), d), e), f), g) GvD 50/2016** keine rechtskräftige Urteile ergangen sind, kein unwiderruflich gewordener Strafbefehl mit Verurteilung erlassen wurde und kein Urteil zur Strafzumessung auf Antrag gemäß Art. 444 StPO ergangen ist:

ihm/ihr gegenüber

gegenüber den anderen Personen gemäß Art. 80 Abs. 3 GvD 50/2016

im Sinne des Art. 80, Abs. 5 GvD 50/2016 hat der Wirtschaftsteilnehmer jeglichen durch eine Straftat verursachten Schaden ersetzt oder sich zur Zahlung des Schadenersatzes verpflichtet, und hat konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, weitere Straftaten vor zu beugen;

ERKLÄRT,

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt nicht gegen das Verbot der treuhänderischen Übertragung gemäß Art. 17 des Gesetzes Nr. 55/1990 verstoßen hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt keine festgestellten schweren Verletzungen zu den Bestimmungen im Bereich der Sicherheit am Arbeitsplatz und jeder anderen aus den Arbeitsverhältnissen sich ergebenden Pflicht begangen hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt bei der Ausführung der Leistungen, die ihm von der Vergabestelle anvertraut wurden, nicht grob nachlässig oder böswillig gehandelt hat, auch hat das Subjekt keine groben Fehler bei der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit begangen hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt nicht nachweislich schwerwiegende Verfehlungen im Bezug auf die Verpflichtungen betreffend die Bezahlung der Steuern und Gebühren begangen hat, laut der italienischen Gesetzgebung oder der Gesetzgebung des Staates, in welchem das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt seinen Firmensitz hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt keine Eintragungen im telematischen Register („casellario informatico“) der Beobachtungsstelle für öffentliche Verträge für Arbeiten, Dienstleistungen und Lieferungen bezüglich Falscherklärungen oder gefälschten Dokumenten betreffend die Voraussetzungen und die relevanten Bedingungen für die Teilnahme an den Vergabeverfahren und für die Zuweisung von Weitervergaben hat;

dass das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt keine endgültig festgestellten schweren Verletzungen der Vorschriften bezüglich Beitragszahlungen der Sozialversicherungs- und Fürsorgebeiträge laut der italienischen Gesetzgebung oder der Gesetzgebung des Staates, in welchem das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt seinen Firmensitz hat, begangen hat;

ERKLÄRT,

sich zu verpflichten, im Falle der Ausübung des Zugangsrechtes im Sinne des Art. 53 des GvD 50/2016 die Dokumentation und darin enthaltenden Daten jedweder Natur nicht zu verbreiten, und jene Dokumentation ausschließlich zum Schutze rechtlicher Interessen im Rahmen des gegenständlichen Verfahrens zu verwenden;

ERKLÄRT,

das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt die Pflichten hinsichtlich der Bezahlung der Versicherungsbeiträge im Sinne der geltenden Bestimmungen (Art.2 der Notverordnung Nr. 210/02, die in das Gesetz Nr. 266/02 umgewandelt wurde) zu erfüllen.

(bitte ausfüllen):

Unternehmensart:

Unternehmen,

Freiberufler/in,

Nationaler Kollektivvertrag:

Bausektor,

Sonstige, nicht baugewerbliche Bereiche (bitte genau angeben):

Unternehmensgröße:

0 (keine Mitarbeiter)

von 1 bis 5 Mitarbeiter

von 6 bis 15 Mitarbeiter

von 16 bis 50 Mitarbeiter

von 51 bis 100 Mitarbeiter

mehr als 100 Mitarbeiter

Im Falle der Eintragung an mehreren Sitzen bitte alle angeben:

INAIL – Eintragungsnummer [], zuständige Ortsstelle [],

NISF – Eintragungsnummer [], zuständige Ortsstelle [],

NISF – individuelle Beitragsposition des Inhabers/Gesellschafters bei Handwerksbetrieb [],
zuständige Ortsstelle []

Bauarbeiterkasse – Eintragungsnummer [], zuständige Ortsstelle []

ERKLÄRT,

dass keine Hinderungs-, Aussetzungs- oder Aberkennungsgründe gemäß Artikel 67 des gv.D. Nr. 159 vom 06/09/2011 (Antimafia) bestehen;

mit der Anwendung der Bestimmungen betreffend die Pflichteinstellung von Personen mit Behinderung gemäß Gesetz Nr. 68/1999 in Ordnung zu sein und weiters kommt es/sie den von den Bestimmungen vorgesehenen Pflichten nach;

nicht zur Anwendung der Bestimmungen betreffend die Pflichteinstellung von Personen mit Behinderung gemäß Gesetz Nr.68/1999 verpflichtet zu sein, da es/sie weniger als 15 Mitarbeiter hat;

derzeit nicht verpflichtet ist, die Informationsübersicht laut Art. 9 vom Gesetz Nr. 68/1999 einzureichen, da das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt zwischen 15 und 35 Mitarbeiter hat und nicht – nach dem 18.01.2000 – durch Neueinstellungen die Mitarbeiterzahl erhöht hat;

dass gegen das Unternehmen, die Gesellschaft, das Konsortium oder das andere Subjekt keine Untersagungsstrafmaßnahme, welche Geschäfte mit der öffentlichen Verwaltung und die Teilnahme an den öffentlichen Ausschreibungen wegen des Verstoßes gegen die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit und zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter laut Art. 14 des Gesetzesvertretenden Dekretes 81/2008 in geltender Fassung verbietet, erlassen wurde;

ERKLÄRT,

Der/die Unterfertigte erklärt:

nicht geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr. 203/1991 zu sein;

geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr. 152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein und diese Straftaten der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben;

geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr. 152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr. 203/1991 zu sein und diese Straftaten nicht der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben, da ein Fall gemäß Art. 4, Absatz 1, des Gesetzes vom 24. November 1981 Nr.689 vorliegt;

der Unterfertigte bestätigt für andere Subjekte der Firma (Inhaber, technische Direktoren, Gesellschafter, einzige Gesellschafter, Mehrheitsgesellschafter und weitere Personen mit Vertretungsvollmacht) [] falls vorhanden nicht geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr.152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr.203/1991 zu sein;

geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr. 152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr. 203/1991 zu sein und diese Straftaten der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben;

geschädigte Person aufgrund einer Straftat gemäß Art. 317 und 629 des Strafgesetzbuches, erschwert durch Artikel 7 des Gesetzesdekretes Nr. 152/1991, umgewandelt, mit Abänderungen, mit Gesetz Nr. 203/1991 zu sein und diese Straftaten nicht der Gerichtsbehörde zur Anzeige gebracht zu haben, da ein Fall gemäß Art. 4, Absatz 1, des Gesetzes vom 24. November 1981 Nr.689 vorliegt;

ERKLÄRT

gemäß Artikel 18 und 19 des DPR 445/2000 erklärt der/die Unterfertigte, dass die Kopien aller dem vorliegenden Verfahren angeführten Dokumente, einschließlich nachträglicher Ergänzungsanträge und Vervielfältigungen mittels fotokopieren (z.B. einscannen), den Originalen in seinem/ihrer Besitz entsprechen;

der/die Unterfertigte erklärt, davon Kenntnis zu haben, dass die Daten gemäß geltendem Datenschutzgesetz zu den im Reglement aufgeführten Zwecken verarbeitet werden;

im Falle von Bietergemeinschaften überträgt der Mandant bei einer Zuschlagserteilung eine

gemeinsame Sondervollmacht mit Vertretungsrecht auf das federführende Unternehmen, das den Vertrag im eigenen Namen und in jenem der Mandanten abschließen wird;

[] der/die Unterfertigte erklärt im Sinne des Art. 3 des Ges. Nr. 136 vom 13. August 2010 i g. F., für alle Aufträge, die von dieser Körperschaft erteilt worden sind oder für alle gewährten Finanzierungen von nachstehendem Kontokorrent Gebrauch zu machen:

Bankkontokorrent bei der Bank [Name Bank _____]

Postleitzahl [_____], Provinz [_____], Straße [_____], Nr. [_____],

IBAN [_____]

Swift/BIC [_____]

Personen, die ermächtigt sind, Bewegungen auf dem Konto zu veranlassen:

Name [_____], Steuernummer [_____]

Name [_____], Steuernummer [_____]

ERKLÄRT IN KENNTNIS ZU SEIN,

[] der Teilnehmer ist in Kenntnis, dass die Verletzung der geltenden ethischen Verhaltenspflichten der Bezirksgemeinschaft Pustertal im Bereich der Antikorruption, der Transparenz und der Rückverfolgbarkeit die Auflösung des Vertrages im Sinne und für die Wirkungen von Art. 1456 ZGB zur Folge hat.

[] im Sinne von Art. 53, Abs. 16 ter, des G.v.D. Nr. 165/2001 erklärt der Teilnehmer, dass er mit ehemaligen Bediensteten der Bezirksgemeinschaft Pustertal, welche ihm gegenüber Vertrags- oder Entscheidungsbefugnisse der öffentlichen Verwaltung ausgeübt haben, innerhalb des Dreijahreszeitraumes ab Beendigung des Dienstverhältnisses kein abhängiges oder freiberufliches Vertragsverhältnis abgeschlossen hat und dass er diesen auf alle Fälle keine Aufträge erteilt hat.

DATENSCHUTZHINWEIS GEMÄSS ART. 13 DES DATENSCHUTZKODEX (GVD NR. 196/2003)

Der gesetzliche Vertreter oder Bevollmächtigte des oben genannten Unternehmens

ERKLÄRT

gemäß Art. 13 des Datenschutzkodex (GVD Nr. 196 vom 30. Juni 2003) über Folgendes informiert worden zu sein:

Rechteinhaber der Datenverarbeitung bei der Vergabe des Auftrages ist die Bezirksgemeinschaft Pustertal.

Die angegebenen Daten werden von der Bezirksgemeinschaft Pustertal auch in elektronischer Form zwecks der Ausführung dieses Auftrags und gegenständlichen vertraglichen Leistungen verarbeitet.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist der Direktor der Sozialdienste und Verfahrensverantwortliche Gebhard Mair oder sein Bevollmächtigter.

Rechteinhaber der Datenverarbeitung bei der Ausführung des Auftrages ist der Direktor der Sozialdienste und Verfahrensverantwortliche Gebhard Mair.

Die angegebenen Daten werden von der Bezirksgemeinschaft Pustertal auch in elektronischer Form zwecks Ausführung dieses Auftrags und gegenständlichen vertraglichen Leistungen verarbeitet.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist der Direktor der Sozialdienste Gebhard Mair oder sein Bevollmächtigter.

Die Angabe der Daten ist für die Durchführung der erforderlichen Verwaltungstätigkeiten verbindlich. Bei einer Weigerung zur Angabe der geforderten Daten können die gestellten Anträge und eingereichten Gesuche nicht bearbeitet werden.

Gemäß Art. 7-10 GVD Nr. 196/2003 hat der/die Antragsteller/in Anspruch auf Zugang zu seinen/ihren Daten sowie Auszüge und Auskunft darüber und kann, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen bestehen, verlangen, dass diese aktualisiert, gelöscht, anonymisiert oder gesperrt werden.

Gelesen, bestätigt und unterzeichnet.

[Ort Unterschrift _____], am [_____]

Der gesetzliche Vertreter / Der
Bevollmächtigte
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)